Nr. 286. 11. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3108) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Mittwoch, den 8. Dezember 1897.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Die Seeinteressen des Deutschen Reiches.

II.

Die Denkschrift des Reichs-Marineamts gelangt im weiteren Verlaufe ihrer den auswärtigen Handel, bezw. die Stellung Deutschlands als Handelsmacht betreffenden Darlegungen zu beachtenswerthen Schlüssen. Es wird festgestellt, daß den weitaus größten Gewinn unserer Volkswirthschaft diejenigen vom Ausland eingeführten Waaren genießen, welche der heimischen Produktion dienen, ohne doch mit inländischen Erzeugnissen gleicher Art zu konkurriren. Diese Waaren werden fast ausnahmslos durch den Seehandel, und zwar größtentheils direkt und indirekt von überseeischen Ländern bezogen. Es gehören dahin in erster Linie Baumwolle, Jute, Kupfer, Tabak, Farbhölzer, Gummi 2c. Ueberwiegend dem Seehandel gehören weiter an: Steinkohle, Schafwolle, Rindshäute und Mais. Der Mais ist die einzige Getreideart, welche größtentheils aus überseeischen Ländern kommt, während Gerste, Hafer, Roggen und Weizen fast ganz überwiegend aus Ländern des Landhandels stammen. Die Denkschrift folgert: „Durch die Konkurrenz überseeischer Produkte ist die Industrie fast gar nicht, aber auch die Landwirthschaft in weit geringerem Maße bedroht, als man allgemein annimmt. Vielmehr entstammen die eigentlichen Konkurrenz-Artikel für unsere Landwirthschaft und Industrie in der deutschen Einfuhr überwiegend dem Landhandel, in zweiter Linie aber dem Seehandel mit europäischen Ländern. Die landwirthschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkte ist von den deutschen Seezufuhren vollkommen unabhängig.“ Der Antheil unserer Landwirthschaft an der Seehandels-Ausfuhr wird auf nahezu ein Sechstel der Gesammtausfuhr berechnet. Was die Industrie anbetrifft, so wird als jedenfalls feststehend erachtet, daß dieselbe heute in außerordentlichem Maße auf den Export durch den Seehandel angewiesen ist. Der diesbezügliche Theil der Denkschrift schließt mit den Worten: „Es giebt keinen Zweig der Volkswirthschaft, der nicht direkt oder indirekt aus den Ergebnissen des Seehandels einen Theil seiner Lebensbedürfnisse empfängt und zur Schaffung von Gegenwerthen hierfür somit entweder direkt oder indirekt thätig sein muß und ist.“

Das sind höchst einfache, auch von den breiten Volksmassen längst erkannte volkswirthschaftliche Wahrheiten, die lediglich unseren Agrariern unangenehm sein mögen, weil sie nicht zugeben wollen, daß Deutschland immer mehr zu einem Industrie- bezw. Handelsstaat sich ausgestaltet und deshalb keinen Boden mehr bietet für agrar-politische Experimente.

Im dritten Theile der Denkschrift erfährt die Seeschifffahrt eine ziffernmäßige Beleuchtung. Nach den beigegebenen statistischen Uebersichten hat sich die Gesammtzahl der Schiffe, die in den deutschen Häfen ein- und ausgingen, von rund 94 700 mit einem Raumgehalt von 12,3 Millionen Registertons im Jahre 1873 auf 133 800 mit 30,5 Millionen Registertons im Jahre 1895 gehoben. Im Durchschnitt der Jahre 1873/75 zählte man (im Gesammtverkehr) 17 500 Dampfschiffe mit 7,0 Millionen Tonnage und 74 300 Segelschiffe mit 5,7 Millionen Tonnage. Von 1891/95 aber betrug im Jahresdurchschnitt die Zahl der Dampfschiffe 63 500 mit 25,2 Millionen Tonnage, die Zahl der Segelschiffe 71 700 mit 4,6 Millionen Tonnage. Die Gesammtzahl der Dampfschiffe hat sich also von 1873 bis 1895 um 48 900 oder 286 Prozent gehoben, die Gesammtzahl der Segelschiffe ist dagegen um 9738 oder 13 Prozent zurückgegangen. Der Raumgehalt der Dampfschiffe machte im Jahre 1895 mehr als 86 pZt. des Raumgehalts aller Schiffe aus, welche dem deutschen Seehandel dienten.

Die Zahl der Schiffe in der Küstenschifffahrt wurde 1873 auf 44 000 mit rund zwei Millionen Tonnen, 1895 auf 81 000 mit 6,5 Mill. Tonnen angegeben. Das wäre eine Vermehrung der Zahl um 84 Prozent, der Tonnage um 233 Prozent. Auch hier trifft die Vermehrung hauptsächlich auf die Dampfschiffe: 32 900 im Jahre 1895 gegen 4100 im Jahre 1873.

Im Jahre 1873 betrug der Verkehr mit außerdeutschen europäischen Häfen 47 500 Schiffe mit 8,2 Millionen Registertons; im Jahre 1895 zählte man 46 800 Schiffe mit 16,9 Millionen Registertons. Es hat sich also die Gesammtzahl der Schiffe um 700 vermindert, dagegen die Tonnage um 8,7 Millionen Tons zugenommen.

Der überseeische Verkehr (d. h. der Verkehr zwischen deutschen und außereuropäischen Häfen) wies im Jahre 1873 eine Bewegung von 3200 Schiffen mit 2,2 Millionen Tonnen, im Jahre 1895 eine Bewegung von 3900 Schiffen mit 7,0 Tonnen auf. Der prozentuale Antheil der überseeischen Schifffahrt am Gesammtschifffahrtsverkehr mit außerdeutschen Plätzen betrug im Jahre 1873 zirka 6 Prozent, im Jahre 1895 zirka 8 Prozent.

Die Denkschrift legt Gewicht darauf, festzustellen, daß der deutsche Schiffsverkehr sowohl der Zahl als der Tonnage nach rascher zugenommen hat, als der fremde.

Der vierte Theil der Denkschrift behandelt Rhederei, Schiffsbau und Hafenanlagen. Die Rhederei Hamburgs verfügte 1881 über 37 Dampfer mit 48 000 Brutto-Registertons, 1897 über 377 Dampfer mit 765 818 Tons; dazu kommen 402 Segler mit 152 046 Tons im Jahre 1871 gegen 296 Segler mit 197 219 Tons im Jahre 1897.

Der Buchwerth der gesammten deutschen Dampferflotte wird auf rund M. 300 000 000 geschätzt, wovon auf Hamburg M. 140 000 000 und auf Bremen M. 89 000 000 entfallen. Der Werth der gesammten Segelflotte wird auf rund M. 60 000 000 berechnet. Die Denkschrift nimmt an, daß die gesammte deutsche Handelsflotte Ende 1897 einen Buchwerth von gegen 400 Millionen Mark repräsentiren wird.

Die gesammten staatlichen und kommunalen Hafen- und Schifffahrtsanlagen im deutschen Reiche werden auf drei Viertel Milliarden angesetzt, davon für Hamburg 300 Millionen, für Bremen und Bremerhaven 114 Millionen.

Auch die volkswirthschaftliche Bedeutung der Hochseefischerei erfährt Berücksichtigung. Die Zahl der Schiffe, welche derselben dienen, belief sich am 1. Januar 1897 auf 546 (davon 103 Dampfer) mit 86 526 cbm Bruttoraumgehalt und 3271 Mann Besatzung gegen 402 Schiffe (davon 2 Dampfer) mit 32 858 cbm Bruttoraumgehalt und 1429 Mann Besatzung im Jahre 1887. Der Werth der Hochseefischereifahrzeuge und ihrer Ausrüstung stellt sich auf M. 12 666 000. Der Bruttoertrag der Hochseefischerei wird für das letzte Jahr auf M. 9 885 000 angegeben.

Ueber die deutschen Kolonien wird u. A. mitgetheilt, daß daselbst 29 Gesellschaften koloniale Unternehmungen bezwecken, von welchen 20 ein Kapital von zusammen M. 39 828 000 theils eingezahlt haben, theils einzahlen sollen. Auch auf den Handelsverkehr mit diesen Kolonien wird besonders hingewiesen. Derselbe (Gesammteinfuhr und Gesammtausfuhr) beziffert sich auf etwa 27 Millionen Mark für das Jahr 1895.

Der siebente Theil der Denkschrift behandelt „die deutschen Interessen über See“. Es ist da selbstverständlich nur von kapitalistischen Interessen die Rede. „Deutsches Kapital arbeitet in jedem Lande der Erde,“ und zwar in Handelsniederlassungen, in Plantagenbesitzungen, in Bankinstituten, in Industrieunternehmungen aller Art. Viele Milliarden deutschen Kapitals sind in überseeischen Ländern angelegt, wozu noch weiter „die gewaltigen Mengen überseeischer und exotischer Staatspapiere kommen, welche sich in Deutschland befinden“. Nach Schmoller waren 1892 za. 10 Milliarden fremder Werthe im Lande.

Den Schluß der Denkschrift bildet eine Vergleichung der Kriegsflotten von England, Frankreich, Rußland, Italien, Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und Deutschland, um zu zeigen, daß Deutschland sich im Nachtheile befindet.

Ein aufmerksames Studium der in der Denkschrift gemachten Darlegungen hat uns nicht die Ueberzeugung beizubringen vermocht, daß dieselben die Nothwendigkeit der von der Regierung geforderten Vermehrung der Kriegsschiffe darthun. Es berührt sonderbar, was da behauptet wird, daß „zwischen Kriegs- und Handelsflagge eine unausgesetzte Wechselwirkung stattfindet“ und daß „eine starke Kriegsmarine sowohl eine Quelle der Förderung des heimischen Schiffsbaues, als auch eine wirksame Repräsentation im Auslande der gesammten volkswirthschaftlichen Bedeutung ihres Landes“ sei. Völlig unabhängig von einer Kriegsflagge hat der überseeische Handel Deutschlands sich entwickelt. Die Kriegsflotte ist noch niemals in die Lage gekommen, etwas Nennenswerthes zum Schutze und zur Förderung dieses Handels thun zu können. Die „Wechselwirkung“ zwischen Kriegs- und Handelsflagge existirt nur in der Einbildung. In der Entwicklung unserer Handelsmarine ist von solch einer Wechselwirkung nichts zu entdecken. Der kapitalistische Unternehmungsgeist allein hat alle die wirthschaftlichen Beziehungen geschaffen, welche den überseeischen Handel Deutschlands und „die deutschen Interessen über See“ begründen.

Wir glauben nicht nöthig zu haben, hier die Denkschrift einer weiteren Kritik zu unterziehen; die Kritik hat ja schon im Reichstage bei Berathung der Marinevorlage begonnen; sie wird noch weiter darthun, daß die Begründung der Vorlage mit dem Geltendmachen der „Seeinteressen des Deutschen Reiches“ eine durchaus verfehlte ist.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 6. Dezember. Die sogenannten großen Tage haben für das Publikum einen eigenthümlichen Reiz. Groß war daher auch heute der Andrang zu den Tribünen; selbst die Diplomaten- und Hofloge waren stark besetzt. Während die Tribünen bis auf den letzten Platz besetzt waren, hatte sich von den Abgeordneten kaum eine zur Beschlußfähigkeit nöthige Anzahl eingefunden. Aber die Besetzung der Bundesrathssitze zeigte, daß der heutige ein großer Tag werden sollte. Von den Staatssekretären der Reichsämter fehlte nur von Podbielski. Auch das preußische Ministerium war vollzählig zur Stelle, und selbst die Minister von Baiern, Sachsen, sowie vieler Kleinstaaten waren in großer Anzahl erschienen. Dazu kam, daß auch das Premièren-Publikum Aussicht hatte, auf seine Kosten zu kommen. Tirpitz, v. Thielmann und v. Bülow sollten ihre Jungfernreden halten und Graf Posadowsky trat zum ersten Mal in der Rolle des Sprechministers auf. Also Ministerreden in großer Fülle.

Als erster Redner erschien Fürst Hohenlohe auf der Kommandobrücke, pardon Rednertribüne. Der alte Herr beklagt sich, daß die Ablehnung der beiden Kreuzer in der vorigen Session so viel Staub aufgewirbelt hat. Nun, diese Klagen hätte er ganz gut an anderer Stelle vortragen können. Denn im Reichstage sind die Aeußerungen von den „vaterlandslosen Gesellen“, dem Kladderadatsch von oben u. s. w. doch nicht gefallen. Zur Sache sagte er nichts, was nicht schon durch die offiziöse Presse bekannt geworden ist. Der Appell an das patriotische Gefühl war sein Hauptargument.

Der Staatssekretär Admiral Tirpitz war ganz Admiral. Er will Seeschlachten gewinnen und muß dazu eine große Flotte haben. Nur einmal begab er sich auf das Gebiet der Wirthschaftspolitik, indem er bemerkte, daß durch die Schiffsbauten die Leistungsfähigkeit der Eisenindustrie und des Schiffsbaues erhöht wird. Der Herr Staatssekretär ist eben Admiral; wäre er Nationalökonom, dann hätte er sich wahrscheinlich etwas korrekter ausgedrückt und hätte gesagt: die Ueberschüsse und Dividenden der großen Eisenwerke und der Schiffswerften werden durch die Neubauten erheblich gesteigert. Gewiß eine angenehme Aussicht für die Herren Krupp, Stumm, Schichau u. s. w.; aber die Ueberschüsse der Werkbesitzer stellen sich bei dem Steuerzahler als Defizits dar. Es mag sein, daß Herr Tirpitz etwas befangen war; aber die ganze wohl präparirte Rede des Herrn Staatssekretärs blieb weit hinter den Leistungen seines Vorgängers zurück.

Als erster Redner aus dem Hause erhielt unser Genosse Schönlank das Wort. Dieser hatte einen guten Tag. Mit besonderer Schärfe und treffender Ironie kritisirte er die Vorlage und das ganze System, aus welchem sie hervorgegangen ist. Während von 1871 bis im Frühjahr dieses Jahres in den Denkschriften der Regierung und den Reden der Minister immer behauptet worden ist, man könne mit Rücksicht auf die Entwicklung der Technik u. s. w. keine großen, für längere Zeiten berechneten Pläne für den Flottenbau aufstellen, schlägt man jetzt plötzlich der alten Behauptung in's Gesicht und will nun ein Marine-Septennat, ohne andere Gründe als allgemein patriotische Phrasen für den Wandel in's Feld zu führen. Unser Genosse kritisirte scharf die Neigungen zur Weltpolitik und zum Absolutismus. Hier werde der Versuch gemacht, das Budgetrecht einzuschränken. Denn wenn die Zahl der Schiffe erst bewilligt ist, wird man die dafür präsentirten Rechnungen schon zahlen müssen. Die Rede unseres Genossen machte einen bedeutenden Eindruck.

Nach Schönlank ergriff der neue Reichsschatz- oder wohl richtiger Reichsschuldensekretär Herr v. Thielmann das Wort. Das Volk kann zufrieden sein, wenn dieser Herr immer so redet. Er sprach nur von großen Ueberschüssen. Die Mittel sind da und da wäre es unbillig, wenn das Geld nicht wieder unter die Leute gebracht würde. Nur um Geld in Umlauf zu setzen, soll man schon Schiffe bauen lassen. Wenn ein Privatmann seit zwanzig Jahren immer Schulden gemacht hat und seine Einnahmen verbessern sich, dann sagt man ihm: Benutze die gute Zeit, um Deine Schulden zu bezahlen. Diesen guten Brauch im Volke scheint man in der Reichsregierung nicht zu kennen, und da man sich in den zwanzig Jahren an das Schuldenmachen gewöhnt hat, ist die Losung: es wird weiter gepumpt. Also bewilligt! Auch Herrn von Marschalls Nachfolger, v. Bülow, ergriff das Wort, um das Vorgehen in Haiti und China zu rechtfertigen.

Graf Limburg-Stirum theilte mit, daß selbst in der konservativen Partei Leute sind, die an das Septennat nicht anbeißen wollen. Im Uebrigen sind die Herren so „gute Patrioten“, daß sie Ja sagen in der Hoffnung, die Regierung werde sich dankbar erweisen und den Junkern für ihren Patriotismus ein annehmbares Trinkgeld zukommen lassen.

Graf Posadowsky hatte offenbar die Empfindung, daß die Ministerreden so wenig wie die Rede des Grafen Limburg-Stirum die Einwendungen unseres Genossen erschüttert hatten. Er mußte jetzt als Sprechminister debütiren. Aber dieses Debüt fiel recht kläglich aus. Als neuer Koch brachte er nur aufgewärmte Speisen aus der vorigen Session, und diese waren auch noch so schlecht servirt, daß Jeder sagte, so ungeschickt hat der Vorgänger sich nie in solcher Situation benommen. Er theilte auch hier schon mit, daß die Regierung vor dem Zentralverein deutscher Industrieller kapitulirt habe und die Novellen zu den Versicherungsgesetzen nicht wieder einbringen werde. Er sagte zwar, die Sache sei nur verschoben, aber auf jeden Fall so lange, bis die Großfabrikanten zur Weiterführung ihre Zustimmung geben.

In einer peinlichen Lage war der Freisinnige Dr. Barth. Die ganze Begründung der Vorlage reizte gewaltig zur Kritik und doch will er die Schiffe bewilligen, nur das Septennat nicht. Ein echter „Liberaler“ findet leicht etwas Lobenswerthes. So ging es auch Herrn Barth. Er freut sich, daß die Regierung die Denkschrift über die Seeinteressen Deutschlands ausgearbeitet hat. Also hat die Regierung ein Interesse für den überseeischen Handel und die freihändlerische Liebe ist noch nicht ganz erstickt. Nun, der Zweck heiligt die Mittel. Aber die ganze Begründung der Vorlage spricht in erster Linie immer von den Panzerschiffen, und auch mehr als die Hälfte der verlangten Summe soll für Neubauten von Panzerschiffen verausgabt werden. Kann man mit jeder solchen Denkschrift einige Abgeordnete gewinnen, dann wird die Regierung nicht müde werden, noch einige Dutzend solcher Denkschriften anfertigen zu lassen. Sind die Schiffe erst bewilligt, dann müssen neue Steuern beschafft werden, und da kann die Regierung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, wenn sie Erhöhung der Schutzzölle fordert.

Nachdem noch der Pole Jazdzewski gegen die Vorlage gesprochen, wurde die Debatte vertagt.

Zur Flottenagitation wird der „Freis. Ztg.“ aus Hamburg mitgetheilt, daß, nach vorausgegangenen vergeblichen Versuchen des Herrn Woermann, nunmehr die Hamburger Handelskammer auf Antrag des Herrn Woermann bei dem Präsidium des deutschen Handelstages offiziell den Antrag gestellt habe, eine Generalversammlung des Handelstages zu berufen, auf deren Tagesordnung eine Resolution zu Gunsten der Flottenvorlage gestellt werden soll.

Weiter berichtet das genannte Blatt: „Der Vorsitzende des deutschen Handelstages, der Geheime Kommerzienrath Frentzel, hat diesen Antrag in einem Zirkular an die Ausschußmitglieder zur Begutachtung gestellt. Ob die Mehrheit der Ausschußmitglieder sich mit dem Hamburger Antrage einverstanden erklärt hat, ist bisher nicht bekannt geworden. Es verlautet nur, daß insbesondere die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin aus formellen und materiellen Gründen einmüthig sich gegen die Berufung des Handelstages zur Berathung der vorgeschlagenen Resolution erklärt haben. — Unseres Erachtens hätte Herr Frentzel, welcher bekanntlich der Freisinnigen Vereinigung angehört, es überhaupt ablehnen müssen, dem Ausschuß den Hamburger Antrag als nicht zur Kompetenz des deutschen Handelstages gehörig zur Berathung zu stellen. Jedenfalls erscheint es uns unzweifelhaft, daß die Berufung des Handelstages zu dem gedachten Zwecke den Austritt einer Reihe von Handelskammern aus dem deutschen Handelstage zur Folge haben würde. Wie in Berlin verlautet, ist der Austritt des Berliner Aeltestenkollegiums eventuell mit Sicherheit zu erwarten.“

Gegenüber der in der Flottenagitation sich breit machenden chauvinistischen Hetzerei bemerkt die klerikale „Köln. Volksztg.“: „Es giebt viele Leute bis tief in die Mittelparteien hinein, welche die Ueberzeugung hegen und gelegentlich auch verlautbaren, daß eine besonnene Abwägung der realen Verhältnisse gegenüber einem gewissen Ueberschwang der Auffassungen, und ein entschlossenes Bremsen gegenüber einem gewissen hochgemuthen aber gefahrvollen Vorausstürmen heute mehr denn je die Aufgabe der Volksvertretung sei, vielleicht eine für den Augenblick undankbare und nicht richtig gewürdigte, aber doch dem Gemeinwohl und nicht am wenigsten auch den Interessen der Monarchie dienende und daher durch wohlverstandenen Patriotismus gebotene Aufgabe. Für den Augenblick mag mehr Muth dazu gehören, dieser Aufgabe gerecht zu werden, als er einzelnen, im Volksboden nicht mehr fest wurzelnden Parteien innewohnt; das Zentrum hat diesen Muth schon wiederholt bethätigt und wird es sicher erforderlichen Falles auch in Zukunft daran nicht fehlen lassen.“

Die bremsende Thätigkeit des Zentrums gegenüber dem Flottenüberschwang ist so ernst kaum gemeint. Dieselbe „Köln. Volks-Ztg.“, welche den linken Flügel des Zentrums vertritt, bringt einen Artikel über die Besetzung von Kiau-Tschau, der sich eigentlich nur durch den etwas kühleren Ton von den Auslassungen unserer „Weltmachtspolitiker“ unterscheidet. U. A. schreibt das Zentrumsblatt:

„Wenn die Position in Kiau-Tschau gehalten werden sollte, werden wohl wirthschafts-politische Erwägungen dafür wesentlich mitbestimmend sein. Und es läßt sich leider nicht verkennen, daß die wirthschaftliche Lage auch im Deutschen Reiche mit jedem Tage schwieriger wird, nachdem alle europäischen Staaten sich mit Zollschranken umgeben haben, der amerikanische Markt immer mehr verschlossen wird und neuerdings auch England dem Zollvereins-System zuneigt. Da liegt gewiß der Gedanke nahe, im äußersten Osten unser Export- und Absatz-Gebiet nach Möglichkeit zu erweitern, und zwar nicht einmal in erster Linie im Interesse unserer Kapitalisten, sondern vor Allem im Interesse unserer gewaltig zunehmenden Arbeiterbevölkerung. In dem weiten chinesischen Reiche suchen sich alle europäischen Nationen wirthschaftlichen Einfluß zu sichern; diejenige, welche sich ausschließen ließe, würde, namentlich wenn Europa noch ein Bischen schutzzöllnerischer geworden sein wird, als es jetzt ist, ihre Lebensinteressen gefährden. Sprechen diese Gesichtspunkte bei der Okkupation Kiau-Tschaus mit, so wird, wie wir schon bemerkten, Niemand etwas dagegen zu erinnern haben, vorausgesetzt, daß keine politischen und vor Allem keine kriegerischen Komplikationen daraus erwachsen. In dieser Beziehung darf wohl gegenwärtig als ausgemacht erachtet werden, daß Rußland gegen die Festsetzung des Deutschen Reiches in dem chinesischen Hafen nichts zu erinnern hat, und daß Frankreich die gleiche Stellung einnimmt. Für diese beiden Staaten ist selbstverständlich weniger die Rücksicht auf die Interessen des Deutschen Reiches, als der Interessengegensatz maßgebend, in welchem dieselben sich hinsichtlich Ostasiens gegenüber England befinden.“

Das ist ziemlich derselbe Faden, nur in einer anderen Nummer, den die Schwärmer für ein „größeres Deutschland“ spinnen. Daran ändert auch die schließliche Verwahrung nichts, wonach die deutschen Katholiken keineswegs damit einverstanden seien, „daß die katholischen Missionen in China zum Ausgangspunkte einer sogen. Weltpolitik genommen würden, welche uns in unabsehbare Schwierigkeiten und Verwicklungen zu führen geeignet wäre“.

Das Zentrumsblatt scheint demnach die Bremse doch nicht allzu entschlossen anziehen zu wollen.

Zum Streitfall mit Haiti meldet ein Telegramm aus New-York, 6. Dezember: „Eine Depesche aus Port au Prince vom heutigen Tage meldet: Zwei deutsche Kriegsschiffe sind heute Vormittag hier eingetroffen und haben der Regierung von Haiti ein Ultimatum Deutschlands übermittelt, das Genugthuung und Entschädigung für Lüders innerhalb einer Frist von 8 Stunden verlangt. — In hiesigen diplomatischen Kreisen glaubt man, daß die haitianische Regierung die Bedingungen Deutschlands bestimmt annehmen werde. Aus Furcht vor Unruhen flüchteten sich gestern die Deutschen auf zwei Schiffen in den Hafen. Der französische Ministerresident requirirte einen französischen Dampfer als Zufluchtsort für sie. Die französische Bevölkerung ist zwar sehr aufgeregt darüber, aber die Regierung verfügt über bedeutende Machtmittel und ist entschlossen, den Befehl aufrecht zu erhalten.“

Man muß gestehen, daß die Regissöre der auf den verschiedenen Welttheatern sich abspielenden Akte unserer neuesten Flottenpolitik die Sache sehr hübsch inszenirt haben. Es kommt Alles zur rechten Zeit, um den Eindruck auf die Volksboten während der Marineschlacht im Reichstage zu machen — wenn sie sich dadurch imponiren lassen. Aber Eins ist dabei vergessen worden: daß Theatererfolge nicht lange über die Dauer der Vorstellung hinaus wirken. Heute oder morgen aber fällt die Entscheidung noch nicht, und bis sie fällt, kann sich die Szenerie noch in einer Weise gestalten, die den Regissören nicht gefällt.

Ein treffendes Urtheil über die Wirkungen der deutschen Kolonialpolitik hat der englische Kolonialminister Chamberlain gefällt. Nach einer Meldung der „Intern. Korresp.“ aus London äußerte sich Chamberlain vor einigen Tagen gegenüber einer bekannten Persönlichkeit aus den britischen Kolonialkreisen, die vor Kurzem von einer Reise durch Afrika zurückgekehrt war, folgendermaßen: „Der augenblickliche leidenschaftliche Kolonialdrang der deutschen Regierung schädigt zumeist die deutschen Auswanderer und die Verbreitung der Deutschen über die Erde. Bisher war der Deutsche, dem es in seiner Heimath nicht mehr gefiel, gewohnt, in unseren Kolonien ein ihm von Herzen zusagendes Feld seiner Thätigkeit zu finden. Er war hier vollständig frei; er konnte sich entwickeln wie er wollte, und Niemand störte ihn, auch ein guter Deutscher zu bleiben, wenn er darauf Werth legte. So hat grade das britische Kolonialreich die Verbreitung der Deutschen über die ganze Erde und damit auch die Ausdehnung des deutschen Welthandels gefördert. Jetzt dagegen, wo Deutschland selbst überall Kolonien erlangen und die Regierung die deutschen Auswanderer in dieselben hineinzwingen will, ist der Auswanderer weit schlechter gestellt. Schon kommen aus allen deutschen Kolonialgebieten die lebhaftesten Klagen darüber, daß die Ansiedler durch die Beamten gehindert, durch Abgaben aller Art gedrückt und durch kleinliche Gesetze beschränkt werden. So etwas hat der deutsche Auswanderer in den britischen Kolonien niemals kennen gelernt, und deshalb glaube ich, daß er bald auch die englischen Kolonialländer wieder vor den deutschen vorziehen wird.“

Die Abtheilungen des Reichstages haben sich konstituirt. Zu Vorsitzenden bezw. Stellvertretern wurden gewählt: 1. Abtheilung: Abgeordneter Dr. v. Bennigsen (NL.) bezw. Günther (NL.); 2. Abtheilung: Graf Kanitz (K.) bezw. v. Staudy (K.); 3. Abtheilung: Graf Hompesch (Z.) bezw. Dr. Rintelen (Z.); 4. Abtheilung: Freiherr v. Stumm (RP.) bezw. Traeger (FV.); 5. Abtheilung: Rickert (FVg.) bezw. Singer (SD.); 6. Abtheilung: Dr. Lieber (Z.) bezw. v. Czarlinski (Pole); 7. Abtheilung: Auer (SD.) bezw. Dr. Hammacher (NL.)

Die konservativ-antisemitische Fehde nimmt immer heftigere Formen an. Wie die „Kreuzztg.“ mittheilt, haben in einem märkischen Kreise, wo die Konservativen sich bereit erklärt haben, einen allerdings sehr rechtsstehenden deutsch-sozialen Kandidaten eventuell anzunehmen, die Antisemiten dies kurzweg abgelehnt und die gemeinsame Aufstellung einer anderen, den Konservativen weit weniger genehmen Persönlichkeit gefordert, obwohl in dem genannten Kreise die Zahl der konservativen Wähler die der deutsch-sozialen im Jahre 1893 fast um das Dreifache übertraf. Dieses schreckliche Beginnen versetzt das Junkerorgan in heilige Entrüstung und es bemerkt:

„Wenn die deutsch-soziale Provinzialvertretung für Brandenburg beschlossen hat, in sämmtlichen konservativen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen, wie kann man da von unserer Seite noch Rücksicht auf den sogenannten „Besitzstand“ der Antisemiten verlangen? Wenn hergeschossen wird, so wird doch wohl auch hingeschossen werden dürfen! Dieses Recht ist bisher noch Niemandem verweigert worden, und wir werden es uns auch schlechterdings nicht verkümmern lassen.“

Auch die „Kons. Korresp.“ erklärt wüthend: „Es ist doch völlig ausgeschlossen, mit einer Partei Frieden zu halten, die seit Jahren nichts Anderes gethan hat, als die Konservativen zu täuschen und deren Vertrauen zu mißbrauchen, die schließlich, als die Konservativen sich zur Wehre setzten, in brutaler Weise aussichtslose Kandidaturen aufstellte, um die Konservativen ihre Rache fühlen zu lassen, gleichviel, ob dadurch die radikale Linke Vortheil zog. Ist denn das ehrlich und anständig, wenn die Antisemiten aus Rache wegen der von ihnen provozirten treffenden Zurechtweisungen in der „Kreuzzeitung“, deren Chefredaktör Herrn Dr. Kropatscheck drohte, in seinem Wahlkreise einen Sonderkandidaten vor die Nase zu setzen, obwohl dadurch höchstens nur der „Erfolg“ für die Antisemiten erreicht werden könnte, daß der Wahlkreis der Sozialdemokratie zufiele? Das ist doch ein Terrorismus, wie er kaum von den Sozialdemokraten ausgeübt wird, eine so undeutsche Wahltaktik, daß Diejenigen, die sie empfehlen, sich schämen müssen!“

Dieser Appell an die Scham bei — Antisemiten ist natürlich völlig fruchtlos. Offenbar fürchten sich die Antisemiten auch blitzwenig vor dem zornigen Drohen der Konservativen. Ein Berliner Antisemitenblatt erklärt zu dem Streite:

„Die Antisemiten werden plötzlich zu gesuchten Bundesgenossen. Nachdem sie seit der Westpriegnitzer Wahl ungefähr einen Monat lang von der konservativen Presse in der heftigsten Weise angegriffen worden sind, scheint auf konservativer Seite jetzt der Wink ausgegeben worden zu sein, daß die Vorstände der einzelnen Wahlkreise mit unseren Vertrauensmännern über Kompromißkandidaturen oder über die Aufstellung angeblich „parteiloser Kandidaten, die ganz auf dem Boden unseres Programms stehen“ in Verhandlung treten sollen. Die Parteileitung der deutsch-sozialen Reformpartei hatte sich in ihrer Sitzung vom letzten Mittwoch mit einer Anzahl solcher Fälle zu beschäftigen. Die Antwort ist sehr einfach: Die Kandidaten, die auf dem Boden unseres Programms stehen, mögen folgerichtig erklären, daß sie dementsprechend unserer Fraktion beitreten wollen. Dann werden sie von unserer Partei aufgestellt werden, vorausgesetzt, daß sonst nichts gegen sie einzuwenden ist. — Die Möglichkeit und die Zweckmäßigkeit eines Zusammengehens mit den Konservativen im ersten Wahlgange erscheint nach den Vorgängen der letzten Monate nahezu ausgeschlossen. Die deutsch-soziale Reformpartei wird überall Kandidaten aufstellen, wo sie sich stark genug dazu fühlt. Wer sie zu bewegen wünscht, in dem einen oder anderen Wahlkreise darauf zu verzichten, müßte ihr mindestens in einem anderen Wahlkreise ein gleichwerthiges Zugeständniß machen.“

Das wird den Junkern nicht sehr angenehm in den Ohren klingen.

Eine demokratische Strömung unter den Polen muß zu ihrem großen Leidwesen die „Köln. Ztg.“ konstatiren. Derselben wird aus Posen geschrieben:

„Die Wahlvorbereitungen der Polen lassen bereits deutlich erkennen, daß der polnische Mittelstand und das Bauern- und Arbeiterthum um den Vorrang in der Politik mit der Hofpartei ringen. Man muß annehmen, daß der Adel und die Geistlichkeit dabei unterliegen werden; denn langsam gewinnt die Volkspartei an Boden. Es tritt damit abermals ein radikales Element in die polnische Politik ein, und der Kampf desselben gegen das Deutschthum ist umsomehr zu beachten, als er auf das wirthschaftliche Gebiet übertragen wird. Nur eine nachdrückliche Besiedelungsthätigkeit der Regierung kann durch Schaffung deutscher Dörfer dem deutschen Handwerker und Kaufmann, die jetzt wirthschaftlich arg bedrängt sind, wieder einen sicheren Absatz schaffen. Dann werden auch diese Leute sich wieder zu ihrem Deutschthum bekennen.“

Bei den sattsam bekannten „Erfolgen“ der offiziellen und offiziösen Germanisirungsthätigkeit ist es nicht zu erwarten, daß dem polnischen radikalen Element Abbruch gethan werde. Erfreulich ist es auf alle Fälle, wenn die Hofpartei, die im bekannten „Admiralski“ ihre treffendste Verkörperung fand, hinweggefegt wird.

Eine kleine lex Recke soll seitens der preußischen Regierung wieder in Vorbereitung sein. Sie soll die Lücke in den Sprachgesetzen betreffs Versammlungen in polnischer Sprache beseitigen. Damit sollen wohl die im Widerspruche zur Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts und des Wortlautes und Geistes des Vereinsgesetzes vorgenommenen Versammlungsauflösungen wegen Gebrauchs der polnischen Sprache zur ständigen Regel gemacht werden.

Im Reichsgesundheitsamt trat am Sonnabend die ständige Kommission mit der Bearbeitung des Arzneibuches zur ersten Sitzung zusammen. Es gilt, das Werk den modernen Verhältnissen und praktischen Bedürfnissen anzupassen. — Es tagte gleichzeitig eine Sachverständigen-Kommission, welche die Verordnung, betreffend die Abgabe starkwirkender Arzneimittel in den Apotheken, zu berathen hatte.

Der württembergische Landtag hat die Generaldiskussion über die Hauptpunkte der Verfassungsrevision, die Zusammensetzung der beiden Kammern, beendet. Der hervorstechendste Zug während dieser Berathung war die wirklich konstitutionelle Haltung des Ministerpräsidenten v. Mittnacht, dessen Diplomatie sich die Reichsregenten ebenso zum Muster nehmen könnten, wie die leitenden Staatsmänner verschiedener Einzelstaaten. Auf einen direkten Angriff des Privilegirten v. Wöllwarth, der meinte, die Regierung sollte nicht jedem schärferen Luftzug Rechnung tragen, sie hätte dem Beispiel Bismarcks folgen sollen, erwiderte Mittnacht ruhig: „Um meine Haltung zu würdigen, darf nicht vergessen werden, daß auf die Verhandlungen im Jahre 1894 die Wahlen folgten, die eine klare Antwort gaben auf den Appell an das Volk. Vor der Wahl haben alle Parteien die Entfernung der Privilegirten in ihre Programme aufgenommen und alle haben sich in dem Verlangen nach einer reinen Volkskammer vereinigt. Das ist nicht nur ein schärferer Luftzug, das ist eine deutliche Erklärung des Volkes, dem mußten wir Rechnung tragen. Es giebt keine Regierung, die, ohne sich auf eine Partei stützen zu können, dem Willen des Volkes sich widersetzen kann. Da wären wir Gefahr gelaufen, vor einen offenen Konflikt gedrängt zu werden, unter solchen Umständen konnte die Reform nicht länger hingezogen werden. Ich habe das Vertrauen zu dem gesunden Sinn unseres Volkes, daß es nach Durchführung der Reform einer vernünftigen Regierung auch noch möglich sein wird, zum Nutzen des Landes zu regieren. Und es ist nicht unmöglich, daß eine Zeit kommen wird, in welcher wir mit Befriedigung darauf zurückblicken werden, daß wir jetzt die Wunde geheilt haben, die seit 50 Jahren offen gehalten wurde!“ Dieser Grundton ging durch die ganzen Reden des Vertreters der Regierung, der am Freitag eine gründliche Abrechnung mit der deutschen Partei hielt, indem er ihr die auch in dieser Frage zur Schau getragene Wetterfahnenhaltung in derb-